

Kriegsfolgen erhöhen Armutsrisiko

Dr. Markus Juch

geht der Frage nach, wie die Ärmern der Gesellschaft angesichts steigender Energiekosten und hoher Inflation nachhaltig entlastet werden können.

Die Schwierigkeit, den persönlichen Energiebedarf in ausreichendem Maße finanziell decken zu können, oder gar wegen überproportionaler Ausgaben für Heizung, Strom und Mobilität hilfsbedürftig zu werden, ist kein Phänomen, welches sich nur auf die Gegenwart bezieht. Ganz im Gegenteil. Auch in Deutschland kennen Bevölkerungsgruppen, die über ein geringes Haushaltseinkommen verfügen, diese Form von „Energiearmut“ seit langem zu Genüge.

Seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine hat sich die Lage für viele Betroffene weiter zugespitzt, die Energiepreise haben sich seit Februar nochmals immens verteuert. Zudem sind auch alle anderen relevanten Kosten zum Leben exorbitant angestiegen. So kann man in den Supermärkten inzwischen quasi von Einkauf zu Einkauf zusehen, wie die Preise bei ganz profanen Waren steil nach oben gehen. Wohnen, essen und trinken – eben einfach nur leben: Inzwischen ist für viele Menschen selbst ein solch gewöhnlicher Alltag ohne jede Extravaganz kaum mehr zu bezahlen.

Um angesichts der augenblicklichen Entwicklung die Ärmern in der Gesellschaft gezielt zu entlasten, bedarf es nun auf die Lebenssituation dieser betroffenen Menschen passgenau zugeschnittener Lösungen – im Folgenden ein paar konkrete Vorschläge: Bereits er-



Der Gastautor (55) ist
Diözesan-Caritasdirektor
in Fulda.

folgreich praktiziert wird beispielsweise bei den Wohlfahrtsverbänden der „Stromspar-Check“, der an Hilfsleistungen beziehende Sozialpass-Inhaber gerichtet ist und vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wird. Hier kann man eindeutig sehen, dass durch Vorschläge zu einem energiesparenden Verhalten und durch kleine, aber effiziente Maßnahmen wie Einsetzen moderner LED-Leuchtmittel, Abschalten von Stand-by-Geräten, Vermitteln von Verhaltensregeln wie dem Herunterdrehen der Heizkörper zum Lüften u. ä. viel Positives erreicht wird, zumal es für die Betroffenen einen in Form von Einsparungen unmittelbar messbaren Erfolg gibt. Diese Energieberatung sollte also möglichst vielen Menschen angeboten werden.

Doch den Betroffenen muss darüber hinaus durch flankierende Maßnahmen geholfen werden, damit sich ihre prekäre wirtschaftliche Lage wirklich entspannen kann. Menschen mit wenig Rück-

lagen bewohnen in der Regel vor allem Wohnungen mit schlechter Isolierung und unmoderner Heiz- und Warmwassertechnik. Gesetzgeberische Maßnahmen im Gebäudesektor wie etwa das Verbot fossiler Heizungen im Neubau, vor allem aber eine Erhöhung der Sanierungsquote, ohne dass diese Kosten gleich in Form von allzu hohen Mietpreissteigerungen weitergegeben werden, würden den Mietern mit geringen finanziellen Rücklagen unmittelbar und nachhaltig helfen. Auch durch kluge Nachbesserungen beim Regelbedarf könnte die Lebenssituation von Menschen in prekärer Lage verbessert werden. Der Anteil für Stromkosten im Regelbedarf sollte sich mehr am tatsächlichen Verbrauch der Grundsicherungsempfänger orientieren und die Preissteigerungen zeitnaher berücksichtigen. Ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Bürger mit geringem Einkommen wäre ein weiterer zu denkender Vorschlag.

Wir könnten also in dieser recht angespannten Situation mit überlegtem politischen Agieren die Alltagsituation vieler Menschen, die nicht wohlsituiert leben können, spürbar verbessern. Zugleich wären diese Lenkungsmaßnahmen auch ökologisch ein Schritt in die richtige Richtung. Die damit verbundenen Investitionen in den Sozialtransfer würden sich also auch als Investitionen in unsere Zukunftssicherung gesamtgesellschaftlich bezahlt machen.